

Eine breite Allianz für ein Weiterbildungsgesetz

In der politischen Planung schien das Weiterbildungsgesetz endlich gesichert, doch nun blockiert der Bundesrat die Ausarbeitung. An der Tagung des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung vom 28. April wurden Optionen zum Handeln vorgestellt.

Rita Torcasso

"Wir müssen handeln - jetzt erst recht!" Diesem Aufruf des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung (SVEB) zu einer nationalen Weiterbildungstagung in Bern folgten am 28. April rund 130 Personen. Der Grund für die "Protestveranstaltung": Ende März hatte der Bundesrat die Veröffentlichung des Weiterbildungsberichts, der die Grundlagen für ein Gesetz abklärte, ohne Erklärung blockiert. Der Bericht war im Auftrag des Bundesrates durch das Volkswirtschaftsdepartement (EVD) in Zusammenarbeit mit dem Departement des Innern (EDI) erstellt worden; er enthält neben einer Auslegeordnung Vorschläge für die Umsetzung des Verfassungsauftrags von 2006 (BV Art. 64a). Das Vorgehen des Bundesrates enthalte "politischen Sprengstoff", so Rudolf Strahm, Präsident des SVEB.

Erste Reaktionen gab es bereits. Die Nationalratskommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) überwies bereits Anfang April eine parlamentarische Initiative. Sie fordert, dass der Bericht veröffentlicht und die Ausarbeitung eines Gesetzes in Angriff genommen wird. "Denn seit 2006 besteht dafür ein klarer Verfassungsauftrag", betont Josiane Aubert (SP), Präsidentin der WBK. Die Regelungen sollen Transparenz und verbindliche Qualitätskriterien bringen und die Zuständigkeiten für die Finanzierung festlegen. Das sei bitter nötig, denn im Parlament seien inzwischen 25 parlamentarische Vorstösse zur Weiterbildung hängig. Als nächstes muss nun die WBK des Ständerats entscheiden, ob sie der Initiative zustimmen will. "Sie wird grünes Licht geben", ist ihr Präsident Hermann Bürgi (SVP) überzeugt. "Wir müssen dem Bundesrat 'Beine machen'; wenn er nicht handelt, dann werden es die beiden Kommissionen tun." Rückendeckung brauche es von allen Akteuren, argumentierte auch Nationalrätin Brigitte Häberli-Koller (CVP): Es sei Aufgabe des Parlamentes, den Fehlentscheid des Bundesrates zu korrigieren und die Herausgabe des Berichtes zu fordern.

Das erklärte Ziel der Weiterbildungstagung lautete, dass die gesamte "Weiterbildungsszene" Rückendeckung für einen raschen Gesetzesentwurf gibt. Vertreten waren vier Bundesratsparteien, die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), die vier grossen Wirtschaftsverbände und private sowie öffentliche Bildungsorganisationen. Ihre Stellungnahmen zeigten, dass zwar ein gemeinsamer Wille besteht, die Weiterbildung gesetzlich zu regeln, dass aber das Wie noch alles andere als klar ist.

Unter den Regierungsparteien bildeten sich zwei Fronten zur Frage der finanziellen Regelungen. "Es gibt zu wenig Grundlagen, um klare Zuständigkeiten festzulegen", so Theophil Pfister (SVP). Als mögliche "Hintertür" schlug er vor, nur das Organisatorische zu regeln und die Finanzen auszuklammern. Dagegen wehrte sich Roger Nordmann (SP). So werde das Geld für Bürokratie ausgegeben statt für jene Personen, die heute nicht an Weiterbildungen teilnehmen, betonte er. Noch deutlicher formulierte es Peter Sigerist vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund: "Das Gesetz muss ein Recht auf einen Mindestanspruch an Weiterbildung garantieren und absichern." Im Gegensatz dazu verlangte der Arbeitgeberverband eine enge Begrenzung der Förderung. "Geld darf nur subsidiär eingesetzt werden, wo dieses System nicht funktioniert", so Jürg Zellweger.

Auch die Meinungen zu den nächsten politischen Schritten klapften auseinander. "Es pressiert jetzt, das Parlament soll die Initiative ergreifen", forderte Sigerist. "Wir haben genügend fertige Textentwürfe, die als Basis dienen können." Vor Eile warnte die Arbeitgeberseite. "Zuerst müssen die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen, die heute in Machtkämpfe verstrickt sind, geklärt werden", stellte Christine Davatz vom Gewerbeverband fest. Robert Galliker als Vertreter der Erziehungsdirektoren meinte dazu: "Wir haben in der Weiterbildung keine Führungsfunktion, diese liegt zum grössten Teil in privater Hand." Vom Gesetz wünsche er sich Zulassungsregelungen für Ausbildungen und Qualitätsstandards für die Abschlüsse.

Am Schluss der Tagung lautete die vorherrschende Meinung, dass es nun vorwärts gehen müsse. In welche Richtung die Wünsche der Anbieter gehen, zeigten drei Voten. Die Bildungsgruppe Kalaidos wünscht, dass die nachfrageorientierte Finanzierung Eingang ins Gesetz findet. Und für Fabien Loi Zedda, Präsident des Volkshochschulverbandes, ist das Wichtigste, dass alle Zugang zur Weiterbildung erhalten sollen. Er fordert eine transparente Verteilung von Staatsgeldern. "Denn eine wichtige Rolle für den Anstieg der Weiterbildung

spielt auch, dass die berufsorientierten und die nicht berufsorientierten Angebote gleich behandelt werden." Bruno Weber-Gobet plädierte im Namen von Travail.Suisse für einen Ideenwettbewerb. Alle Akteure sollen ihre Vorschläge einbringen, wobei durchaus mehr gestritten werden dürfe.

Der Tagungsbeobachter Christoph Reichenau stellte in seinem prägnanten Fazit fest, einig seien sich alle darin, dass der Verfassungsauftrag umgesetzt werden müsse – und dass der Verfassungsauftrag seine Grenzen habe. Die grössten Differenzen sah er bei den zu regelnden Inhalten. Im Weiteren stellte Reichenau fest, dass die allgemeine Zuversicht von einem gewissen Pessimismus durchzogen sei, welcher auf dem Zweifel gründe, ob man wirklich wisse, was man wolle. Eine Frage, die er gleich selbst mit einer Gegenfrage konterte: „*Kann* man das denn wissen, ohne den Bericht des Bundesrates zu kennen?“

Offen blieb, ob nun der Bundesrat verstärkt in die Pflicht genommen oder das Parlament von sich aus aktiv werden soll. Der SVEB, dessen Mitgliedsverbände jedes Jahr rund 1,6 Millionen Personen weiterbilden, will nicht abwarten, sondern rasch handeln. Der Verband hat, wie SVEB-Direktor André Schläfli festhielt, für die Anbieterseite den Lead übernommen und wird mit Unterstützung seiner Mitglieder den Prozess zur Entwicklung eines Weiterbildungsgesetzes vorantreiben. Die nächste wichtige Aktion bestehe, wie der SVEB-Direktor zum Abschluss der Tagung festhielt, in einer für Ende Mai geplanten, von möglichst vielen Verbänden und Organisationen unterschriebenen Behördeneingabe. Diese solle den Forderungen der Anbieter Nachdruck verleihen und zugleich mithelfen, die parlamentarische Initiative der WBK von aussen zu unterstützen.

(Text ohne Lead : 6300 Zeichen)